

Die politischen Zukunftsentwürfe des Kreisauer Kreises.
Die Rekonstruktion vergangener Erfahrungshorizonte im historischen Lernen

Susanne Popp
(Pädagogische Hochschule Weingarten)

1.

Edward H. Carr empfahl in dem noch immer sehr lesenswerten Werk „Was ist Geschichte?“ (1961) die „Römische Geschichte“ von Theodor Mommsen (1854/56), wenn man die Katastrophe der Liberalen beim Scheitern der Revolution von 1848 eingehend studieren wolle. Der britische Historiker verwies damit auf die unterhintergehbare Bindung geschichtlichen Denkens, Forschens und Deutens an die je gegebenen gegenwärtigen Rahmenbedingungen, Interessen und Problemlagen.

So könnte man heute, beispielsweise in einem Projekt, mit Sekundarschülerinnen wichtige Aspekte des politischen, kulturellen und mentalen Wandels in der deutschen Nachkriegsgeschichte anhand der Rezeptionsgeschichte des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus erarbeiten und dabei, vielleicht vom Exil ausgehend, den Bogen über die Besatzungszeit und die beiden deutschen Teilstaaten bis in die Gegenwart spannen, so vielleicht bis zum jüngsten Streit über die Maßstäbe, mit denen man das Bürgerbräukeller-Attentat des Schreiners Georg Elser (1903-1945) vom 8. 11. 1939 heute bewerten könne.

Dass der Prozess der Auseinandersetzung mit dem deutschen Widerstand und seiner Bewertung noch nicht abgeschlossen ist, hängt nur teilweise mit den Schwierigkeiten zusammen, die dieser komplexe Gegenstand der historischen Forschung aufgibt (z. B. Quellenlage, theoretische Konzeption des Gegenstandes), sondern wesentlich auch damit, dass er gesellschaftliche *Geschichtsbedürfnisse* tangiert, denen die genuin historisch-wissenschaftliche Betrachtungsweise nicht nur als willkommene Orientierungshilfe, sondern auch als potentielle Bedrohung erscheinen kann. Dies ist bei zeitgeschichtlichen Themen umso weniger verwunderlich, wenn sie - wie der Widerstand - eng mit der historischen „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands verknüpft sind und somit aktuelle Fragen der zukünftigen nationalen Identität berühren. Dies zeigte nicht zuletzt das Polarisierungs- und Skandalisierungspotential der sog. „Wehrmachtsausstellung“, das weit über die Kritik sachlicher Defizite hinausreichte (vgl. Landeshauptstadt 1998).

Wenn Angehörige und Nachfahren von Widerstandskämpfern aus den Reihen der "alten Eliten" (nach Mehringer 1997) noch heute teilweise recht verletzt reagieren, sobald die in Denkschriften festgehaltenen Zukunftspläne und politischen Konzepte z. B. des Kreisauer oder des Goerdeler-Kreises zur Sprache kommen, indiziert dies ein Beharren auf einer Geschichtsdeutung des exemplarischen Typs (vgl. Rösen 1994). Dieses ist auf die Tradierung von überzeitlich gültiger und damit tendenziell a-historisch gefasster moralischer Vorbildhaftigkeit gerichtet und vermutet in der historischen Differenzierung weniger einen Beitrag zu einem besseren geschichtlichen Verständnis als eine nivellierende Kritik, eine kritische Lesart (vgl. Rösen 1994).

Da wir uns im Hinblick auf die nationalsozialistische Geschichte gegenwärtig an einem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis (vgl. Assmann 1992) befinden, - d. h., dass in unserer Gesellschaft zunehmend Geschichtserfahrungen dominieren, die den Nationalsozialismus nur noch in der Form kulturellen Wissens kennen, - darf man vermuten, dass weitere Konflikte zu erwarten sind, in denen neue Deutungsmuster etablierte Geschichts- und Identitätsbedürfnisse verletzen. Das Beispiel der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ wurde schon genannt, aber auch die Aufarbeitung der Geschichte der Kollaboration in Ländern mit deutscher Besatzungsvergangenheit muss hier genannt werden, - eine für viele

Angehörige der älteren Generation, die sich mit der Opfer- und ggf. Widerstandsrolle ihres Landes identifiziert haben, schmerzliche Revision.

Für Historiker mag es eine selbstverständliche Einsicht sein, für Schülerinnen aber ist es schwierig, sowohl zu erkennen wie auch methodisch umzusetzen, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftshorizont in der Geschichte veränderliche Größen sind. Die Lernenden müssen begreifen, dass vergangene Gegenwart ihre jeweils spezifischen handlungsbeeinflussenden Vergangenheitskonzepte und Zukunftshorizonte besaß, die wir heute mühsam rekonstruieren müssen, wenn wir nicht unser gegenwärtiges Wissen um die nachfolgenden Entwicklungen unzulässigerweise auf die Vergangenheit projizieren wollen. (Vgl. auch Uspenskij 1991, 13 ff.). Wenn man die Verschränkung der Zeitebenen, die man für das Geschichtsbewusstsein der Gegenwart postuliert (vgl. Jeismann 1988), nicht konsequent auch auf die Analyse historischer Phänomene anwendet, verfehlt man rasch den Standpunkt der historischen Akteure und deren zeit- bzw. situationsimmanente Denk- und Handlungsalternativen. Im Geschichtsunterricht betrifft dies vor allem Themen, bei denen Jugendliche stark zu moralischen Urteilen aus der privilegierten Position der Nachgeborenen neigen und somit auch die Auseinandersetzung mit dem Widerstand der „alten Eliten“ und dessen politischen Zukunftsentwürfen.

2.

Die in den späten Kriegsjahren in Memoranden festgehaltenen politischen Zukunftspläne des „Kreisauer Kreises“ spielten in der deutschen Nachkriegsgeschichte durchaus eine Rolle. Nicht dass sie die politische Entwicklung in ihrem Sinne beeinflusst hätten, vielmehr wurden sie in den 60-er Jahren zum Streitobjekt in der Auseinandersetzung um das westlich-deutsche Selbstverständnis. Damals erschütterten Untersuchungen von Schmitthenner (1966), Hans Mommsen (1966, 1984, 1994), Graml (1966, 1984) und anderen die bislang gültige bundesrepublikanisch-westliche Traditionsbildung. Im Zeichen des „Kalten Krieges“ waren die „Männer des 20. Juli“ und des „Kreisauer Kreises“ als direkte Vorfahren der neuen Verfassungsordnung in Anspruch genommen und gegen den sozialistischen und kommunistischen Widerstand ausgespielt worden, eine Operation der ideologischen Abgrenzung, die man auf Seiten der DDR mit umgekehrten politischen Vorzeichen analog vollzogen hat. Die genannten Historiker konnten belegen, dass die verfassungs- und gesellschaftspolitischen Ideen des „(national-)konservativen Widerstands“ nur sehr bedingt mit dem Demokratieverständnis der Bundesrepublik übereinstimmten. Damit lösten die Historiker einen (teilweise) bis heute andauernden Konflikt zwischen moralischer und historischer Betrachtungsweise aus, leiteten aber zugleich die überfällige Korrektur des Widerstandsbildes ein: In der Folge überwand man die verengte Perspektive, die den Begriff des Widerstandes auf den Staatsstreich begrenzte und die Sache für die Ost-West-Konfrontation instrumentalisierte. So erinnert heute die „Gedenkstätte des deutschen Widerstandes“ (vgl. www.gdw.de) in Berlin offiziell nicht nur an Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944), sondern auch an Ernst Thälmann (1886-1944), den KPD-Vorsitzenden der Weimarer Republik, der im Zuge der Ermordungswelle nach dem 20. Juli 1944 sein Leben verlor, und sie bezieht, so weit als möglich, Widerstandshandlungen in allen Facetten von Resistenz bis zum versuchten Staatsstreich und Tyrannen-Mord ein, d. h. also auch Nicht-Zustimmung und Verweigerung im Alltag, stille Obstruktion, „Wehrkraftzersetzung“ und Fahnenflucht sowie Solidarität und Hilfe für Verfolgte, und dies vielfach in lokal- und regionalgeschichtlicher Differenzierung.

Die Feststellung der begrenzten demokratischen Fundierung des politischen Denkens im Widerstand der „alten Eliten“ hat nicht nur aufklärend gewirkt, sondern das historische Verständnis teilweise auch erschwert. Wenn man heute in der Schule das Thema des 20. Juli mit

Jugendlichen behandelt, kann man feststellen, dass das Odium des Verrats am deutschen Volk, das insbesondere die Attentäter fürchteten, kaum mehr lebendig ist. Aber auch die ethischen Bedenken der Akteure (z. B. Eid, Tyrannenmord) finden kein unmittelbares Verständnis mehr. Statt dessen scheint eine Neigung vorherrschend, jenen Widerstandskämpfern ihr Zögern und ihre Erfolglosigkeit anzulasten - und darüber hinaus auch ihre Ferne zur Demokratie im heutigen Sinne. Hier kann der Unterricht das Problem der post-facto-Konstruktion aufgreifen, das nicht nur bei laienhafter Betrachtung entsteht. Wenn etwa Messerschmidt in einer Publikation von 1986 formuliert: „Angesichts der Tatsache, dass die besiegten Deutschen nach 1945 relativ schnell in eine parlamentarische Ordnung hineinfanden, erweist sich der Pessimismus der Honoratioren-Opposition hinsichtlich der politischen Reife der Deutschen (...) als Unfähigkeit zu zukunftsweisenden Lösungen“ (Messerschmidt in Müller 1986, 77), sind folgende Annahmen impliziert: (a) dass es während der NS-Herrschaft und des Krieges ein breites demokratisch-parlamentarisches Potential in der deutschen Bevölkerung gegeben habe, (b) dass die Akteure des Widerstandes dieses hätten erkennen können und (c) dass die Vertreter der „alten Eliten“ im Widerstand es deshalb nicht erkannt hätten, weil sie selbst konservativ-obrigkeitsstaatliche Positionen einnahmen. Zur Überprüfung solcher keineswegs singulären Deutungsangebote bedarf es der Rekonstruktion vergangener Erfahrungshorizonte.

3.

Der Begriff „Kreisauer Kreis“ wurde erstmals im August 1944 in den sog. „Kaltenbrunnerberichten“ des RSNA im Zusammenhang der Gestapo-Ermittlungen gegen die Attentäter des 20. Juli 1944 verwendet und bezeichnete eine oppositionelle Gruppe von etwa 20 aktiven Mitarbeitern und etwa ebenso vielen Sympathisanten um den damals 37-jährigen Rechtsanwalt Helmuth James Graf von Moltke (1907-1945) und den damals 39-jährigen Juristen Peter Graf Yorck von Wartenburg (1905-1944), die beide aus traditionsreichen preußischen Familien stammten, in Schlesien beheimatet und bis zu ihrer Inhaftierung als Zivilisten beim Oberkommando der Wehrmacht am Tirpitzufer in Berlin tätig waren, Moltke bis zum Januar 1944 als Völkerrecht-Experte beim militärischen Nachrichtendienst („Amt Ausland/Abwehr“) unter Admiral Wilhelm Canaris, Yorck bis zum 20. Juli 1944 im Wirtschaftsstab Ost. (Vgl. zum „Kreisauer Kreis“ Roon 1967, 1986, Winterhager 1985). Beide waren keine NSDAP-Mitglieder, aber auf ranghoher Ebene in die Funktionseliten des NS-Staates eingebunden.

Beim „Kreisauer Kreis“ handelte es sich keineswegs um eine straff organisierte Widerstandsgruppe, wie z. B. beim kommunistischen Widerstand, sondern um einen konspirativen Beratungs- und Arbeitszirkel von zumeist akademisch gebildeten Männern und Frauen mit sehr unterschiedlichen intellektuellen und politischen Traditionen, die durch weit zu fassende Begriffe des Christlichen und Sozialen verbunden waren. Neben den Nachfahren des preußischen Schwertadels fand man sozialdemokratische Gewerkschaftsführer und Abgeordnete aus der Weimarer Republik, von denen einige in den 30-er Jahren KL-Erfahrungen hinter sich gebracht hatten; neben Juristen und Diplomaten aus den NS-Reichsbehörden standen protestantische und katholische Theologen. Dass die Spannweite von Positionen, die in der Weimarer Republik vielfach unversöhnlich waren, nun zum Programm geworden war, entsprach dem Ziel der gemeinsamen Arbeit, die sich seit 1940 intensiviert. Die Kontakte fanden in der Regel in Berlin statt, den Höhepunkt aber bildeten drei Tagungen auf dem schlesischen Familiengut der Moltkes in Kreisau in den Jahren 1942 und 1943; daher die Namensgebung von NS-Seite.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen Konzepte für die Neuordnung der deutschen Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Dabei sah man eine bedingungslose Kapitulation als unvermeidlich an und rechnete mit einer alliierten Besatzung. Es galt, für die Situationswende so gründliche Vorbereitung zu treffen, dass in dem zu erwartenden Chaos ein Stab von

Gleichgesinnten mit entsprechendem verfassungs- und gesellschaftspolitischen Konsens für die notwendigen Weichenstellungen handlungsfähig wäre, auch wenn man aufgrund der Besetzungsmodalitäten ggf. unabhängig voneinander aktiv werden müsste (vgl. Roon 1967, 568). Die zentrale Aufgabe erblickte man nicht allein darin, die geistige, moralische und politische Überwindung des Nationalsozialismus einzuleiten, sondern mit der neu zu schaffenden Ordnung die tiefer liegenden Ursachen der politischen und moralischen Katastrophe Deutschlands zu beseitigen, wie jene sich den „Kreisauern“ während des Krieges darstellten.

Jene zeitgenössische Ursachenanalyse des Nationalsozialismus war auch ein maßgeblicher Grund für die distanziert-abwägende Haltung des Kreises zu den Attentats- und Staatsstreichplänen anderer konservativer Gruppen, wenngleich sich viele „Kreisauer“ im Frühjahr 1944, Moltke war bereits inhaftiert, zur Beteiligung am 20. Juli entschlossen. Grundsätzlich betrachtete der Kreis den Nationalsozialismus weniger als Problem einer Führungsclique denn als Problem einer mentalen Krise der Moderne und speziell auch als Folge der gesellschaftlichen und politischen Desintegration der Weimarer Republik. Daher maßten sie der Integration der Arbeiterschaft in die neu zu schaffende Gesellschaftsordnung sehr hohe Bedeutung bei und nahmen Kontakte auch zu kommunistischen Widerstandsgruppen auf, obwohl ihnen bekannt war, in welchem Ausmaß diese politisch unterwandert waren.

Das Streben nach einer Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen in die neue Ordnung reichte bei vielen Mitgliedern des Kreisauer Kreises auf gemeinsame oder ähnlich gerichtete Aktivitäten in der Weimarer Republik zurück. Nicht nur Reichwein (1898-1944) und Moltke, auch Carl Dietrich von Trotha (1907-1952), Adam von Trott zu Solz (1909-1944) oder Harald Poelchau (1903-1972) hatten sich in der politischen Jugend- und Erwachsenenarbeit engagiert, um in den zersplitterten politischen und sozialen Milieus das gegenseitige Verständnis zu fördern und damit die Weimarer Demokratie zu unterstützen. Hinzu kam aber für nicht wenige Mitglieder der Hintergrund ihrer schlesischen Heimat, einer Region mit einer außerordentlichen historischen Tiefendimension. In den vergangenen Jahrhunderten hatten hier nahezu sämtliche religiösen, politischen und nationalen Konflikte eine heftige Ausprägung erfahren, so auch in der Weimarer Zeit. Hier hatte das Engagement der jungen Moltke, Trotha, Yorck, von Husen und Einsiedel in der politischen Bildungsarbeit eingesetzt. Als Stichwörter seien nur die „Löwenberger Arbeitsgemeinschaft“ und der „Hofgeismarkreis“ genannt.

Zur weiteren Situierung des „Kreisauer Kreises“ im Kontext des Widerstandes der „alten Eliten“ in Deutschland sollen nur noch drei ausgewählte Aspekte angesprochen werden:

1. Die sog. „Kreisauer Zivilisten“ teilten keineswegs das nationalkonservative Interesse an der Erhaltung eines hegemonialen Nationalstaates auch nach Kriegsende, wie wir sie bei anderen Gruppierungen, etwa um Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945), und in militärischen Kreisen finden. Moltke zählt zu den wenigen Vertretern des konservativen Widerstandsspektrums, die niemals für den Nationalsozialismus anfällig waren, - er verzichtete wegen des erforderlichen Partei-Eintritts auf die angestrebte Richterlaufbahn -, und die stets eine loyale Haltung zur Weimarer Republik eingenommen hatten, bis dahin, dass Moltke - was nicht nur im konservativen Lager ungewöhnlich war - die Erfüllung des Versailler Vertrags als selbstverständliches völkerrechtliches Gebot betrachtete. Viele Mitglieder des Kreises verfügten zudem über ausgedehnte Auslandserfahrungen mit entsprechenden Kontakten und teilten angelsächsische Orientierungen.
2. Die "Kreisauer" repräsentierten gegenüber den sog. "Honoratioren" um Goerdeler eine jüngere Generation. Während jene sich in ihren Zukunftsentwürfen am wilhelminischen Obrigkeitsstaat orientierten, war für Moltke und Yorck, die 1920 erst 13 und 15 Jahre zählten, die Weimarer Republik prägend, dabei insbesondere die verheerenden Auswirkungen von wirtschaftlicher Not und sozialer Disgregation auf eine liberale Demokratie. Im Unterschied zu uns Heutigen aber

stand dieser Generation bei ihrer politischen Orientierungssuche kein Modell einer erfolgreich praktizierten deutschen Parteiendemokratie zur Verfügung.

3. Der Begriff "Gesprächszirkel" verstellte nicht nur Heranwachsenden den Blick darauf, dass der Kreis politisch handelte, wenngleich dies vor allem der Zukunft galt. Die Aktivitäten waren mit allen Risiken einer konspirativen Tätigkeit verbunden, wurden als Hochverrat geahndet und brachten nicht nur die Akteure, sondern auch ihre Angehörigen in Gefahr. Außerdem setzten sich die „Kreisauer“ im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Rettung von Verfolgten, Geißeln und Kriegsgefangenen ein, deckten Widerstandskämpfer auch außerhalb ihres eigenen politischen Spektrums und trugen zur Dokumentation von Kriegsverbrechen bei, so weit sie in den Reichsbehörden davon Kenntnis bekamen.

4.

In Bezug auf die Darstellung des politischen Erneuerungsprogramms beschränke ich mich auf die sog. „Grundsatzserklärungen“ des Kreises, die aus den drei Kreisauer Tagungen hervorgingen, sowie die „Grundsätze für die Neuordnung“ vom August 1943 aus der Feder von Moltke (maschinengeschriebene Texte aus Motlkes Nachlass in der Mappe „Grundtexte; vgl. Roon 1967, 542-571). Diese Quellen erschließen typische Tendenzen der Gruppe, auch wenn es im Einzelnen viele Divergenzen gab.

Drei Themen bestimmen die „Grundsätze“: die zukünftige Verfassungsordnung (a), die zukünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik (b) und die zukünftige europäische Ordnung (c).

(a) Das ranghöchste Ziel des Verfassungsentwurfs war die Wiederherstellung des Rechtsstaates auf der Grundlage der Anerkennung der unverletzlichen Würde der Person und unveräußerbarer individueller Rechte, von denen an erster Stelle die Glaubens- und Gewissensfreiheit genannt wird, gefolgt vom Recht auf „echte“ politische und gesellschaftliche Mitverantwortung und Mitwirkung, dem Recht auf Arbeit und Eigentum und auf Sicherung der äußeren Lebensgüter: „Nahrung, Kleidung, Wohnung, Garten und Gesundheit“ (Roon 1967, 561).

Den für die Neuordnung erforderlichen Grundkonsens sah man in einer christlich fundierten Wertordnung, wobei der Staat selbst keine explizite christliche Prägung erhalten sollte. Denn es ging weniger um eine bestimmte Frömmigkeitsrichtung, als vielmehr um „re-ligio“ im Sinne einer Selbst-Bindung an transzendente Werte und pro-soziale Orientierungen, wie sie z. B. auch in der Bergpredigt zum Ausdruck kommen; damit, so meinte Moltke in einem Brief von 1941, könne man dem Nationalismus und Rassismus entgegentreten. Und er fuhr fort: "Diese gleichen Werte vermag ich jedoch nicht näher zu bestimmen, weil es Aufgabe der gesamten Menschheit sein muss, diesen Magneten zu schaffen." (Roon 1967, 509)

Der Verfassungsentwurf betonte die Prinzipien des Föderalismus, der Selbstverwaltung der unteren Ebenen und der Subsidiarität. Damit wollte man „Freiheit und persönliche Verantwortung mit den Erfordernissen von Ordnung und Führung“ vereinen und darüber hinaus „(...) die Eingliederung in die Lebensgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen“. (Roon 1967, 562)

Die Länder - unterhalb der Reichsebene - sollten nicht mehr als drei bis fünf Millionen Bürger umfassen. Die „kleinen Gemeinschaften“ entsprachen einerseits einem volkspädagogischen Konzept, demzufolge der Aufbau politischer Verantwortung in der breiten Bevölkerung eines überschaubaren Politikrahmens bedürfe, was, so nahm man an, Sachargumente gegenüber politisch fixiertem Lagerdenken begünstigen würde. Dass diese Überlegung nicht grundsätzlich abwegig war, zeigen bundesdeutsche Kommunalwahlen und Volksbegehren, bei denen parteipolitische Präferenzen insgesamt weniger stark durchschlugen als etwa bei Bundestagswahlen.

Andererseits aber ist die Bildung kleiner politischer Einheiten mit der grundsätzlichen Absage an politische Parteien korreliert und führt zu jenen Aspekten der Konzeption, deren demokratische Qualität Hans Mommsen und andere zu Recht als defizitär einstufen, nicht nur im Vergleich mit

der Bundesrepublik, sondern auch mit Weimar. So sollte die allgemeine und direkte Wahl von Volksvertretern auf Gemeinde und Kreis beschränkt bleiben, für die Länder- und Reichsebene aber waren die Wahl durch Vertretungen auf nächstniedrigerer Ebene und allein das aktive Frauen-Wahlrecht vorgesehen. Mit diesen Einschränkungen wollte man die Auswahl der "Besten" sicherstellen, und dieses recht naive Kalkül macht deutlich, dass bei den „Kreisauern“ erfahrene Berufspolitiker, gleich welcher Couleur, fehlten.

An der Spitze des Reiches sollte der auf 12 Jahre gewählte Reichsverweser stehen; der Begriff verweist auf die Nationalversammlung in der Paulskirche und die demokratische Tradition Deutschlands, doch angesichts der außerordentlichen Machtfülle, mit der dieses Amt ausgestattet war (z. B. Oberbefehl über die Wehrmacht, außenpolitische Vertretung des Reiches, Kompetenz, mit Zustimmung des Reichstages den Reichskanzler zu ernennen und abzurufen) wogen die unzureichende demokratische Legitimation und Kontrolle sehr schwer, zumal die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit jenseits der Gemeinden ausgesetzt sein sollte und plebiszitäre Verfassungselemente ohnehin nicht vorgesehen waren.

(b) Steht die Rückwärtsgewandtheit des Demokratie-Konzepts außer Frage, so zeigen die wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen der Zukunftspläne Positionen, die in den ersten Jahren nach 1945 nicht nur, aber auch in der CDU heftig diskutiert wurden. Die „Kreisauer“ wollten nicht nur ein Recht auf Arbeit festschreiben, wie es später in die DDR-Verfassung Eingang fand, sie sahen vor, den wirtschaftlichen Wettbewerb durch eine staatlich gelenkte Wirtschaftsführung zu kontrollieren, Schlüsselindustrien wie Bergbau, Eisen- und metallverarbeitende Industrie, Grundchemie und Energiewirtschaft zu verstaatlichen und Betriebsgemeinschaften von Unternehmern und Arbeitern vor Ort mit der Beteiligung der Belegschaft an der Betriebsführung und am Wertzuwachs zu realisieren. Diese wirtschafts- und sozialpolitischen Pläne sind vor dem Hintergrund eines religiösen Sozialismus zu sehen, der die individuelle Freiheit und Verantwortung stark betont und dem Leitgedanken folgt, dass die Wirtschaft dem Staat und der Gesellschaft dienen müsse - und nicht umgekehrt.

(c) Die ungewöhnlichste Position aber zeigen die „Grundsätze“ im nationalstaatlichen Konzept. Insbesondere Moltke favorisierte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner schlesischen Erfahrungen mit dem Problem nationaler Minderheiten, die Idee eines Europa der „kleinen Gemeinschaften“, aus dem die Nationalstaaten als Ordnungsfaktor gänzlich verschwunden wären. Auch wenn die Grundsätze festhalten, dass das „Reich“ als „oberste Führungsmacht des deutschen Volkes“ (Roon 1967, 562) fungiere, ist dem doch ein Absatz mit folgendem Inhalt vorangestellt: „Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muss geachtet und geschützt werden. Sie darf jedoch nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herabwürdigung, Verfolgung oder Unterdrückung fremden Volkstums missbraucht werden. Die freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur ist mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren. Der Friede fordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung.“ (Roon 1967, 562)

Das Konzept einer einheitlichen europäischen Souveränität erstreckte sich auf gemeinsame Zollgrenzen, Währung, Auswärtige Angelegenheiten, Wehrmacht, Wirtschaftsverwaltung und Verfassungsgesetzgebung. Der innere Aufbau sah wiederum Föderalismus, Selbstverwaltung von unten nach oben und das Subsidiaritätsprinzip vor, dünnte aber wiederum die demokratische Legitimation und Kontrolle nach oben hin aus. Übrigens: Wenn England und die Sowjetunion in die Europa-Planungen der „Kreisauer“ nicht einbezogen waren, so deshalb, weil man bedauernd annahm, dass von dieser Seite kein Europa-Interesse bestünde.

5.

Was die restringierte Fassung der Volkssouveränität, die Ablehnung demokratischer Parteien und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Stellung der Frau oder das Konzept einer staatlichen Wirtschaftslenkung anbelangt, so kann man die von Mommsen und anderen festgestellten Differenzen zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik und der ersten Republik nur unterstreichen. Nimmt man die noch nicht erwähnten technik- und großstadtfeindlichen wie auch die agrarromantischen Tendenzen in den Neuordnungsplänen hinzu, so ergibt sich das Muster eines speziellen konservativen Denkens, dem in der Bundesrepublik keine nennenswerte Zukunft beschieden war. Doch zugleich tritt bei der heutigen Betrachtung, die die Entwicklung seit den 60-er Jahren überblicken kann und nicht mehr vordringlich gegen eine einseitige Traditionslegung ankämpfen muss, die „Ungleichzeitigkeit“ der politischen Ideen der „Kreisauer“ stärker hervor. Neben dem rückwärtsgewandten, paternalistisch-autoritären Verfassungskonzept finden wir Vorstellungen, die bei den politischen, kulturellen und mentalen Modernisierungsprozessen eine Rolle gespielt haben, die in den 60-er erst einsetzen.

Hierzu zählen z. B. die Entwicklung eines partizipatorischen Demokratie-Verständnisses der Bürger gerade im lokalen und regionalen Bereich, die Entstehung einer grünen Partei mit anfänglich stark ausgeprägten zivilisationskritischen Elementen, die Diskussionen um das strukturelle Verhältnis von ökonomischem Wettbewerb und sozialer Sicherung, die Frage einer gelingenden Balance von regionaler Identität und supranationaler Integration im Prozess der europäischen Einigung, das seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion an Schärfe zunehmende Problem von nationalen Minderheiten und regionalen Kriegen wie auch die Frage der Grenze der nationalen Souveränität bei Menschenrechtsverletzungen (vgl. den sog. Kosovo-Konflikt).

Versucht man die Perspektive der historischen Akteure ernst zu nehmen, muss man den volkspädagogischen Zuschnitt des politischen Konzepts der „Kreisauer“ in Betracht ziehen. Es war einer Bevölkerung zgedacht, die über keine positive Lernerfahrungen in einer pluralistisch-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung wie der unsrigen verfügte und deren politisches Verhalten in den Jahren 1942 und 1943 keine Anhaltspunkte für die Vermutung bot, dass sie sich auf einen inneren Bruch mit dem NS-Regime zubewegte. Die „Kreisauer“ hatten somit wenig Grund zur Hoffnung, dass die deutsche Bevölkerung nach dem Zusammenbruch des Regimes von sich aus zu einer grundlegenden Revision jener Einstellungen bereit und fähig sein würde, welche die positive Aufnahme des Nationalsozialismus unterstützt hatten.

Vielmehr erlebte man, wie Hitler seine Macht auf breite Zustimmung stützen konnte, wie zahlenmäßig gering die Bereitschaft zum Widerstand und wie groß beispielsweise diejenige zur Denunziation war (vgl. z. B. Diewald-Kerkmann 1994). Dass die sehr zurückhaltende Einschätzung des Erneuerungswillens der breiten Bevölkerung keineswegs unrealistisch war, zeigen nicht nur Berichte über die Reaktionen der Bevölkerung auf das Hitler-Attentat am 20. Juli, sondern auch alliierte Befragungen in den Besatzungszonen in den Jahren 1944/45 (vgl. z. B. Padover 1999).

Volkspädagogische Konzepte aber muss man ihrer Intention gemäß als vorläufige verstehen. Schließlich sahen auch die politischen Erziehungskonzepte der Alliierten, insbesondere der USA, ihrerseits nur eine schrittweise Einführung demokratischer Strukturen vor. Und wenn die „Kreisauer“ mit längerfristigen Lernprozessen rechneten, mag das damit zusammenhängen, dass sie 1942/3 keineswegs absehen konnten, dass die politische „Erziehung“ der Deutschen einen solch starken Rahmen erhalten würde, wie er unter dem Einfluss von Blockbildung und -bindung entstanden ist. So verbleibt es im Bereich des Spekulativen, welche Ordnung die Kreisauer für eine demokratisch gefestigte politische Kultur entworfen haben mögen.

Darüber hinaus gilt es bei der Deutung jener politischen Vorstellungen zu differenzieren: Das, was man im Bezug auf die politische Kultur der Bundesrepublik als „konservativ“ klassifiziert, ist nicht mit dem anti-modernistischen Diskurs der Weimarer Republik, der vielfach quer zu den politischen Lagern lag, deckungsgleich. So fand sich etwa Dieter Wunder (1999), langjähriger

GEW-Vorsitzender, zunächst „sehr verstört“ (282), als er Reichwein als SPD-Mitglied und Widerstandskämpfer würdigen wollte und entdecken musste, dass Reichwein die Parteiendemokratie stark ablehnte. In der Tat war eine parteienfeindliche Einstellung in der Weimarer Zeit und danach weit über das konservative Lager hinaus verbreitet und zählte zu einem ideologischen System, das die moderne Massengesellschaft als grundsätzliche Überforderung des Menschen ablehnte und nach einer erneuerten, quasi-„natürlichen“ Ordnung suchte, die Zugehörigkeit, Geborgenheit, Harmonie und Norm- bzw. Orientierungssicherheit sichern sollte.

Schließlich sind bei der Rekonstruktion der vergangenen Erfahrungshorizonte der „Kreisauer“ auch jene Bedingungen zu veranschlagen, unter denen sich die erfolgreiche politische Sozialisation der Nachkriegsdeutschen im Westen vollzog. Den „Kreisauern“ mussten zu ihrer Zeit spekulative Annahmen fern liegen, denen zufolge dem zweiten demokratischen Beginn ein historisch beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung zur Seite treten würde, der mit dem berühmten „Fahrstuhl-Effekt“ verbunden als „Wohlstand für alle“ sozial integrierend und politisch loyalitätsfördernd wirken sollte. Und wir wissen heute nicht, wie dieser zweite Beginn ohne den säkularen Siegeszug der westlichen Wirtschaftsweise, die ungeheuren technologischen Fortschritte im Alltagsleben und die tiefgreifenden sozialen Transformationen sich entwickelt hätte. Des weiteren 1942 und 1943 konnte man kaum vorhersehen, dass das spannungsgeladene politische Spektrum der Weimarer Republik, das man damals noch vor Augen hatte, in der Nachkriegszeit reduziert würde. Im westlichen Staat schaltete man die beiden radikalen Flügel (KPD, NS-Nachfolgeorganisationen) in den 50-er Jahren aus und erlebte den Sozialismus als „ausgelagertes“ Konkurrenzmodell in einem Staat, der den eigenen wirtschaftlichen Aufschwung sichtbar nicht nachvollziehen konnte. Die „Kreisauer“ aber hatten mit einer Wiederholung der Herausforderungen der Weimarer Republik gerechnet, worauf sie mit einer auf Komplexitätsreduktion gerichteten Verfassungsordnung zu reagieren gedachten. Sie setzten die Reduktion vertikal an (Ausdünnung demokratischer Partizipation auf den höheren Verfassungsebenen), die Nachkriegsentwicklung vollzog sie gleichsam in horizontaler Richtung (Teilstaaten mit unterschiedlicher politischer Verfasstheit). Und wir Heutigen wissen wiederum nicht, wie die demokratische Entwicklung in Deutschland verlaufen wäre, wenn die Herausforderungen von Weimar sich im Hinblick auf die gesellschaftliche Desintegration, das parteipolitische Spektrum und die wirtschaftliche Situation wiederholt hätten.

6.

Die Auseinandersetzung mit den politischen Zukunftsplänen des „Kreisauer Kreises“ erfordert die sorgfältige Rekonstruktion vergangener Erfahrungshorizonte. „Übungen“ dieser Art sind für den Geschichtsunterricht und das historische Lernen von größter Bedeutung, vor allem wenn es um das „Fremdverstehen“ und die Urteilsbildung bei vergangenen Einstellungen und Verhaltensweisen geht, die in der Gegenwart sehr ambivalente Einschätzungen aufrufen. Für die historische Urteilsbildung aus heutiger Sicht ist es entscheidend, zu rekonstruieren, welche Denkmöglichkeiten und Handlungsalternativen im Kontext welcher Vergangenheitsdeutungen und Zukunftserwartungen zum vergangenen Zeitpunkt grundsätzlich bestanden haben, um den in Frage stehenden Sachverhalt zunächst historisch differenziert zu verorten und vergangene Perspektiven von heutigen unterscheiden. Dies sollte der Geschichtsunterricht so gründlich wie möglich vermitteln, zumal ja bekannt ist, und Bodo von Borries Studie (z. B. 1995) hat es belegt, dass das Ziel des „Fremdverstehens“ häufig bei einem Selbstmissverständnis stehen bleibt, indem man das historisch Fremde dann zu verstehen meint, wenn man Eigenes darin zu entdecken kann, während das verstörend Fremde ausgeklammert bleibt.

Literatur:

- Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992.
- Borries, Bodo von: Das Geschichtsbewusstsein Jugendlicher, Weinheim, München 1995.
- Carr, Edward H.: Was ist Geschichte?, Stuttgart u. a. 1961.
- Graml, Hermann: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, in: Schmitthenner/Buchheim 1966, 15-72 (überarb. Fassung in: Graml 1984).
- Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt a. M. 1984.
- Jeismann, Karl-Ernst: Geschichtsbewußtsein als zentrale Kategorie der Geschichtsdidaktik, in: Schneider, Gerhard (Hg.): Geschichtsbewußtsein und historisches Lernen, Pfaffenweiler 1988, 1-24 (Jahrbuch der Geschichtsdidaktik, Bd. 1).
- Landeshauptstadt München (Hg.): Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in München, München 1998.
- Mehring, Hartmut: Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997.
- Mommsen, Hans: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Schmitthenner/Buchheim 1966, 73-167 (überarb. Fassung in: Graml 1984).
- Mommsen, Hans: Widerstand und Opposition im Dritten Reich. Tübingen 1984.
- Mommsen, Hans: Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus der Sicht des Kreisauer Kreises, in: Steinbach/Tuchel 1994, 246-262.
- Müller, Klaus-Jürgen (Hg.): Der deutsche Widerstand 1933-1945, Paderborn u. a. 1986.
- Padover, Saul K.: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt a. M. 1999.
- Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- Roon, Ger van (Hg.): Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen. Dokumente. Berlin 1986.
- Rüsen, Jörn: Historisches Lernen - Grundriß einer Theorie, in: ders.: Historisches Lernen. Grundlagen und Paradigmen (1987), Köln u. a. 1994, 74-121.
- Schmitthenner, Walter/Buchheim, Hans (Hg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln 1966.
- Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 223).
- Uspenskij, Boris: Semiotik der Geschichte, Wien 1991.
- Wunder, Dieter, in: Die Deutsche Schule 91 (1999), 282.

Summary

The ideas of the resistance group 'Kreisauer Kreis' on the post - Hitler society are an element in the ambivalent image - building of Germany (West and East) after World War II. In the Cold-War area these ideas were interpreted more from a moralistic than a historical point of view. History teaching, based on relevant sources, can contribute to clarify this tension, to differentiate the concept of resistance against the Nazi-regime and to detect the danger of anachronism in each post-factum (re)construction.

Keywords: resistance, history teaching, contextuality